

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 34 (1993)  
**Heft:** 23

**Artikel:** Miloševi hat wieder alle ausgetrickst  
**Autor:** Mati, Ljubomir  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1092808>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Ljubomir Matić zu den vorgezogenen Neuwahlen in Serbien

# Milošević hat wieder alle ausgetrickst

Nach sechstägiger Debatte in der serbischen Nationalversammlung über die Vertrauensfrage, die auf Initiative von Sešeljs Radikalenpartei gestellt worden war, hat Präsident Milošević das Parlament aufgelöst und vorgezogene Neuwahlen ausgeschrieben. Sie werden am 19. Dezember stattfinden und die dritten innerhalb von drei Jahren sein.

Nachdem die alleinregierende Sozialistische Partei Serbiens mit einem Misstrauensvotum konfrontiert wurde und zudem wegen des Koalitionsbruchs mit den Radikalen keine Kontrolle mehr über die Versammlung hatte, griff sie zu folgendem Manöver: Mit Hilfe des (sozialistischen) Parlamentspräsidenten erreichte sie noch vor der Abstimmung eine Unterbrechung der Verhandlungen, während der die Regierung verfassungsgemäss bei Milošević den Antrag um Auflösung des Parlaments einreichte, dem dieser auch prompt folgte. So konnten die Sozialisten den Sturz ihrer Regierung gerade noch vermeiden.

## Programmierte Konfrontation

Die Abrechnung zwischen Milošević' Sozialisten und Sešeljs Radikalen, deren Tonart selbst für serbische Verhältnisse sehr weit geht, konnte nicht überraschen. Denn gleich nach der Dezemberwahl, als die Sozialisten die Parlamentsmehrheit eingebüsst hatten (sie erhielten nur 101 von 250 Sitzen) und Sešeljs Partei 73 Sitze erobert hatte, war klar, dass eine Konfrontation unvermeidlich war. «Zwei Krokodile können nicht in einem Teich gedeihen», war damals der geistreiche Kommentar aus der Opposition.

Und diese Tatsache konnte auch nicht mit der Unterstützung getarnt werden, welche die Radikalen Slobodan Milošević und dessen sozialistischer Regierung monatelang gewährte, eine Unterstützung, auf die die Regierung angewiesen war, weil die anderen im Parlament vertretenen serbischen Parteien jegliche Zusammenarbeit mit den Sozialisten verweigerten.

Das Ende war denn zu erwarten, und es war nur eine Frage des richtigen Augenblicks. Der schien jetzt offenbar gekom-

men, und es ist wohl kein Zufall, dass er mit einem Friedensschluss in Bosnien-Herzegowina koinzidiert. Zu dieser Interpretation trägt eine sogenannte «Erklärung» der Sozialistischen Partei gegen den Radikalenführer Sešelj bei, die diesen als Gegner des Friedens bezeichnet.

Doch im Grunde geht es um etwas viel Ernsteres, nämlich um den Einfluss des bosnischen Serbenführers Karadžić und um die politischen Verhältnisse in der «Serbischen Republik» Bosniens nach dem Friedensschluss. Dort haben nämlich Sešeljs Radikale mit ihrer Propagierung eines schrankenlosen Nationalismus bereits bedeutende Positionen erobert. Und Karadžić und dessen Leute haben schon verschiedentlich deutlich gemacht, dass sie gewichtigere Stellungen in der «allserbischen» Politik anstreben, als Milošević bereit ist, ihnen zu überlassen.

## Sešelj willkommener Sündenbock

So ist Milošević inzwischen zu mehr Umsicht gezwungen. Zwar wäre ohne Zweifel auch er, würden es die Umstände erlauben, für radikale nationalistische Lösungen zu haben, doch als gewiefter Taktiker präsentiert er sich in einer relativ gemässigten Haltung. Den Tumult überlässt er Karadžić und dem verantwortungslosen Sešelj, der sich aus dessen Windschutz heraus Prahlereien erlauben kann.

So war nun also der Augenblick für die direkte Auseinandersetzung zwischen den beiden Parteien günstig. Sešelj begann den Angriff mit seinem Misstrauensvotum gegen die sozialistische Regierung, die umgehend mit der bereits erwähnten «Erklärung» reagierte. Sich der Schwierigkeit bewusst, Sešeljs Argument — die katastrophale Lage in Serbien — zu entkräften, konzentrierten sich die Sozialisten auf persönliche Angriffe gegen Sešelj, indem sie ihn als Verkörperung allen Übels darstellten:

Sešelj sei «schuld an der Isolierung Serbiens von der Welt», habe dessen «Anstrengungen um die Wiederherstellung des Friedens erschwert», «ununterbrochen die Beziehungen des serbischen Volkes zu anderen Völkern vergiftet»,

Bevor das Misstrauensvotum im Parlament durchkam, löste Milošević dieses auf.

«zur Kriegsstimmung und zu Hass gereizt», «Kriminellen und Kriegsgewinnlern Hilfe geleistet» usw. Und weiter: «Am Kampf gegen das Übel, das Sešelj verkörpert, müssen sich alle politischen, demokratischen Kräfte wie auch alle ehrlichen Menschen Serbiens beteiligen», riefen die Sozialisten in der «Erklärung» aus, weil «die Zukunft Serbiens nicht Diktatur und Faschismus» sei, sondern «Demokratie und Wohlstand».

## Erstmals serbische Kriegsverbrechen zugegeben

Besondere Aufmerksamkeit verdient jener Teil der «Erklärung», in dem die Sozialistische Partei verspricht, dass sie sich einsetzen werde für die Feststellung und die öffentliche Beurteilung von «Sešeljs Teilnahme und persönlichem Beitrag an der Bildung paramilitärischer Einheiten auf dem Boden der Republik der Serbischen Krajina und der Serbischen Republik» sowie der «Verbrechen, welche sie an der kroatischen, muslimischen oder serbischen Zivilbevölkerung verübt haben». Bemerkenswert ist die Tatsache, dass hier erstmals von offizieller Stelle zugegeben wurde, dass auch die Serben Kriegsverbrechen begangen haben.

Die Schuldzuweisung für diesen schmutzigen Krieg mag auch die Bereitschaft andeuten, Sešelj eines Tages vor Gericht zu stellen. Dass Sešelj dies jedenfalls so verstanden hat, ist seiner Stellungnahme für die Presse zu entnehmen: «Ich fürchte mich nicht; sie können mich auch jenem internationalen Gericht (soeben geschaffenes Kriegsverbrechergericht) ausliefern; das macht mir keine Angst. Ich weiss, dass sie gegen mich keinen Beweis haben. Unsere Freiwilligen waren immer in der serbischen Armee oder der Polizei eingeliedert.» (Gemeint sind natürlich die «Serbische Republik» in Bosnien und die «Republik serbische Krajina» in Kroatien.) «Es gibt keinen, absolut keinen Beweis, dass sie Kriegs- oder andere Verbrechen begangen haben. Sie (die Sozialisten) können jetzt beginnen, Beweise aufzubauen.»

Und schliesslich meinte Sešelj: «Sie (die Sozialisten) wollen jetzt ihre schmutzige Politik als jene der Radikalen darstellen, und das sind Methoden, die sie von ih-

Die ehemaligen Kommunisten sind seit den letzten Wahlen auf die Unterstützung der radikalen Nationalisten angewiesen.

Die Radikalen prangerten jene Politik an, die sie zuvor monatelang unterstützt hatten.

rem Primus generis, Josip Broz Tito, gelernt haben.» Auffallend an Sešeljs Stellungnahme ist die Tatsache, dass er es sorgfältig vermeidet, Slobodan Milošević beim Namen zu nennen, als ob er bestrebt wäre, eine persönliche Konfrontation zu vermeiden. Und Milošević selbst schweigt ebenfalls.

Aus diesem Grund wohl haben sich die sozialistischen Abgeordneten wie die Regierung selbst während der Debatte über die Vertrauensfrage gerade hinter Slobodan Milošević versteckt. Regierungspräsident Nikola Sainović erklärte zum Beispiel, dass ja «bekanntlich» die Aussenpolitik des Landes von Slobodan Milošević gemacht werde.

## Sešeljs Show im Fernsehen

Überhaupt standen die Sozialisten auf unsicherem Boden. Von der Tatsache eines ruinierten Serbiens haben sie sich mit dem Argument der internationalen Sanktionen sowie mit der Hilfe, die sie den Serben in Bosnien-Herzegowina und in Kroatien gewährten, freizusprechen versucht und sich darauf beschränkt, pathetische Aufrufe zur Einheit der Nation zu lancieren. Auf diese Weise versuchen die Sozialisten, ihre eigenen Fehler und Vergehen zu vertuschen, wobei hier der Wahrheit zuliebe auch festgehalten werden muss, dass die Sozialisten ihre Politik ohne die Unterstützung der Radikalen im Parlament gar nicht hätten durchsetzen können.

Es ist deshalb heute schwer abzuschätzen, in welchem Mass Sešelj mit dem Streit auch sein Ansehen erhöht hat. Sicher ist hingegen, dass er Milošević erheblichen Schaden zugefügt hat, indem er im Parlament tagelang eine Art öffentlichen Prozess gegen die Sozialisten organisierte. Und dabei war ihm die Praxis der Fernsehübertragung sehr von Nutzen: Vor den Augen des Fernsehpublikums konnten die in der Aufzählung sozialistischer Misserfolge überlegenen Abgeordneten der Radikalen brillieren.

Prompt konnte Sešelj, als er das Misstrauensvotum in die Wege leitete, damit rechnen, dass sich neben den 73 Radikalen auch die Demokratische Partei Mircunović' mit acht und die Demokratische Partei Serbiens mit 20 Stimmen gegen die Regierung aussprechen würden. Das allerdings hätte nicht genügt, um die Regierung zu stürzen, selbst wenn sich noch die eine oder andere kleinere Partei angeschlossen hätte. Es wären mindestens 126 Stimmen nötig gewesen, um eine Mehrheit zu erlangen.

Vuk Drasković, dessen Serbische Erneuerungsbewegung 27 Sitze innehat, gab zum voraus bekannt, dass seine Abgeordneten an der Abstimmung nicht

**Nach der Show im Parlament konnten die Radikalen prompt mit der Unterstützung einiger Oppositionsparteien rechnen.**

**Eine Alternative hätte darin bestanden, mit der Opposition eine Übergangsregierung zu bilden.**

teilnehmen würden. Die offizielle Begründung: «Milošević ist das geringere Übel als Sešelj.» Drasković änderte allerdings seine Meinung, als die Polizei in Belgrad eine pensionierte Schauspielerin verprügelte, die vor einem Laden um Mehl anstand. Erzürnt stellte Drasković — im letzten Sommer selbst Opfer polizeilicher Übergriffe — das Ultimatum, dass entweder der serbische Innenminister Zoran Sokolović abtritt, oder Draskovićs Abgeordneten würden gegen die gesamte Regierung stimmen. Das bedeutete nun doch den sicheren Sturz der Regierung, weshalb diese auf das eingangs beschriebene Manöver auswich.

## Miloševićs «Spiel» um Zeit

Eine andere Alternative, die von der als demokratisch anzusehenden Opposition vorgeschlagen worden war, hätte darin bestanden, dass die Sozialisten mit ihr zusammen — aber ohne Sešelj — eine Übergangsregierung gebildet hätten, deren Aufgabe es gewesen wäre, bis zum Frühjahr Wahlen vorzubereiten und bis dahin die Staatsgeschäfte zu führen. Das war für Milošević offenbar unannehmbar, weil er befürchtete, dass die Opposition auf diese Weise bis zum Urnengang zu mehr Einfluss und letztlich zu mehr Stimmen gekommen wäre.

Das soll allerdings nicht heissen, dass die Opposition diese Gelegenheit auch wirklich genutzt hätte; denn sie hatte schon früher entsprechende Möglichkeiten nicht wahrgenommen, und zudem ist

die serbische Opposition gespalten. Die mit den Ambitionen ihrer Führer belasteten Parteien verbrauchen ihre Energie in Streitereien und verweigern ein gemeinsames Auftreten, weswegen sie bis anhin auch keine ernste Gefahr für die Sozialisten darstellten.

Ob die Opposition nun bis zu den Wahlen im Dezember ihre Chance nutzen und den Wählern klare Parteiprogramme werden anbieten können, ist fraglich, ebenso, ob die Sozialisten jene Mehrheit werden erreichen können, die sie nun nach dem Debakel mit den Radikalen dringend brauchen. Als Partei werden sie sicher wieder als die stärkste ins Parlament einziehen, nach Schätzungen werden sie aber kaum mehr als ein Drittel der Wählerstimmen erhalten. Ohne absolute Mehrheit aber werden sie in der gleichen Lage sein wie vor einem Jahr, und sie werden wieder auf die Koalition mit anderen Parteien angewiesen sein.

Dies hätten sie allerdings schon jetzt tun können, weshalb nicht selten die Meinung zu hören ist, dass die Sozialisten sich erst nach den Wahlen nach echten Lösungen umsehen wollen. Auch internationale Kreise wollen die Wahlen abwarten, und bereits werden die Friedensverhandlungen wieder etwas gedämpft. Milošević' Manöver, gerade auch in letzter Zeit, beweisen denn auch, dass er ebenfalls bereits dem Wahlkampf Rechnung trägt und bis dahin alles daran setzt, wieder Zeit zu gewinnen und eine endgültige Lösung zu verschieben. ■

## Bestellschein für zeitbild

Schenken Sie das **zeitbild** Ihren Bekannten!

Ich bestelle das **zeitbild**

- Geschenkabo zu sFr. 50.- (Preis für Abonnent/innen)
- für 2 Jahre zu sFr. 100.- (Ausland sFr. 120.-)
- Probenummern
- Jahresabo zu sFr. 59.- (Ausland sFr. 65.-)

Name und Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Tel./Fax: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an **zeitbild**, Postfach, CH-3000 Bern 6